

Konferenz „Migration – Frieden – Human Security“

Konferenzreihe „Wissenschaft für Frieden und Nachhaltigkeit“

Georg-August-Universität Göttingen

20.-22. November 2015

- Es gibt keine „Flüchtlingskrise“, sondern eine Weltkrise, die Flucht produziert.
- Der Begriff der Sicherheit verortet Gefahr immer im Außenverhältnis.
- Die Verteilung von Flüchtlingen auf verschiedene EU-Länder ist eine „Schutzlotterie“.
- Die Krise hat mit der Abschottung begonnen. Eine Rückkehr zur bisherigen Migrationspolitik ist undenkbar.
- Migrationsforschung war lange Zeit eher Teil des Problems als Teil der Lösung.
- Wir brauchen eine radikale Wissenschaft.

Es war viel von weiser Voraussicht die Rede auf der Konferenz „Migration – Frieden – Human Security“, die medico als Kooperationspartner unterstützt hat und die kurz nach den Terroranschlägen in Paris im November 2015 an der Universität Göttingen stattfand. Bei Beginn der Tagungsvorbereitungen vor einem Jahr sei nicht absehbar gewesen, wie „beunruhigend aktuell“ das Thema werden würde, sagte Prof. Dr. Ulrich Bartosch, der Präsident der mitveranstaltenden Vereinigung deutscher Wissenschaftler (VDW) in seiner Einführung. Sowohl der Terror von Paris als auch die Fluchtbewegungen des Sommers hätten sehr deutlich gemacht, dass die Welt sich auf Dauer nicht in getrennte Sphären aufteilen lasse, betonte Universitätspräsidentin Prof. Dr. Ulrike Beisiegel in ihrem anschließenden Grußwort. Sie zog daraus den Schluss: **„Wissenschaft ist kein Geschäft, sondern hat einen Bildungsauftrag, den es mit denen weiterzuentwickeln gilt, die kommen.“**

Ayelet Shachar, die Direktorin des Göttinger Max-Planck-Institut zur Erforschung multireligiöser und multiethnischer Gesellschaften zog drei Lehren aus den Ereignissen des Sommers: 1. Migration ist keine Ausnahme und wird nicht wieder aufhören. Regierungen können Migrationsbewegungen also nicht einfach ein- und ausschalten. 2. Flüchtlinge benötigen nicht nur Essen und Unterkunft, sondern auch Teilhabe an so kostbaren Ressourcen wie Bildung. Inklusion ist die Herausforderung, vor der wir alle stehen. 3. Nur drei Prozent der Weltbevölkerung sind derzeit unterwegs. Die restlichen 97 Prozent sind sesshaft, oft sind es die Ärmsten. Wir müssen auch sie adressieren. In einem weiteren Grußwort wies Andreas Pott, der Direktor des Osnabrücker Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien, den Begriff „Flüchtlingskrise“ zurück. **„Wir müssen Gesellschaft als Weltgesellschaft denken. Das, was derzeit Flüchtlingskrise genannt wird, ist eine Weltkrise, die Flucht produziert.“**

Politiker, die anschließend noch Grußworte hielten, fragten sich, ob die Ereignisse der letzten Monate nicht vorhersehbar gewesen wäre, hätte man mehr auf die Wissenschaft gehört, und erhofften sich Antworten aus der Forschung für den Umgang mit der aktuellen Situation. Dass es keine einfachen Antworten gibt und auch die sich unter unmittelbarem Handlungsdruck sehende Politik sich komplexen globalen Zusammenhängen stellen muss, machte der erste Vortrag des Abends von Ranabir Samaddar von der Calcutta Research Group deutlich, der einige Zahlenverhältnisse aus postkolonialer Perspektive zurechtrückte. Dem Gefühl vieler Menschen in Europa, „von der Menge der Flüchtlinge überrannt“ zu werden, stellte er die Erfahrung Indiens gegenüber, das Anfang der 1970er Jahre weit mehr Flüchtlinge aufgenommen habe und „nicht in Panik verfallen“ sei. Wenn man einige

Relationen zur Kenntnis nehmen, könne man aber auch für Europa nicht von der größten Fluchtbewegung seit dem Zweiten Weltkrieg sprechen, betonte er und verwies auf Fluchtbewegungen infolge des Algerienkrieges und des Bosnienkrieges. Den bosnischen Bürgerkriegsflüchtlingen hätten 1992 15 EU-Staaten als potenzielle Aufnahmeländer gegenübergestanden, inzwischen habe die Europäische Union 28 Mitgliedsstaaten, die Flüchtlinge aufnehmen könnten. Die meisten Flüchtlinge sind für Samaddar Menschen, die „vom Kapitalismus obdachlos gemacht“ worden sind. Er kritisierte die Kategorisierung von Flüchtlingen entlang von Nützlichkeitsabwägungen der Aufnahmeländer. **Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) und die Internationale Organisation für Migration (IOM) sind für Samaddar Akteure des internationalen Migrationsmanagements, die die Hierarchien der globalen Ökonomie reproduzieren.**

Medico-Geschäftsführer Thomas Gebauer verdeutlichte im darauffolgenden zweiten Eröffnungsvortrag am Beispiel von Afghanistan, in welcher zynischer Weise die Bundesregierung Migration, Frieden und Sicherheit in ihrer Politik verknüpft. Innenminister Lothar de Maiziere hatte Ende Oktober damit begonnen, Afghanistan argumentativ zu einem sicheren Herkunftsland zu erklären. Schließlich seien deutsche Soldaten lange dort gewesen und es sei viel Entwicklungshilfe geleistet worden. Nach 14 Jahren internationalem Engagement in Afghanistan liege das Land auf dem Human Development Index jedoch auf Platz 169 in einer Liste von 187 Ländern. Und während der Innenminister damit liebäugle, Afghanistan zu einem sicheren Herkunftsland zu machen, warne das Außenministerium vor Reisen eben dorthin. **Mit diesem Beispiel kritisierte Gebauer den Sicherheitsbegriff, der Gefahren grundsätzlich im Außenverhältnis verortet.** Dass Menschen fliehen und migrieren, sei das Ergebnis einer Politik, die viel zu lange die Interessen der Ökonomie über die Rechte und Bedürfnisse der Menschen gestellt habe. Nun wachse die Befürchtung von Menschen hier, womöglich selbst bald zu den Verliererinnen und Verlierern der Globalisierung zu zählen. Gebauer rief die Wissenschaft auf, sich nicht auf Politikberatung zu beschränken, sondern der Politik Beine zu machen, damit solche Aussagen wie die von Thomas de Maizière zu Afghanistan nicht wirksam werden.

Aus den verschiedenen Vorträgen am Samstagvormittag stach der von Petra Bendel von der Universität Erlangen-Nürnberg heraus. Sie benannte drei Faktoren der EU-Politik, die zu den Entwicklungen im vergangenen Sommer beigetragen hätten: 1. Ausbleibende Zahlungen an das World Food Programm der Vereinten Nationen, was zur Entscheidung vieler syrischer Flüchtlinge in den Nachbarstaaten Syriens zur Flucht beigetragen habe. 2. Kontrolle der Route über das zentrale Mittelmeer mit Schlepperbekämpfung, was die Fluchtroute vieler Menschen Richtung Osten verschoben habe. 3. Das Europäische Asylsystem (GEAS), das die Verteilung der Flüchtlinge auf EU-Länder zu einer „**Schutzlotterie**“ mache, da Anerkennungsquoten und Aufnahmebedingungen in den verschiedenen Ländern sehr unterschiedlich seien.

In den Diskussionsforen am Nachmittag kamen neben Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern auch wieder einige NGO-Vertreter zu Wort. Martin Glasenapp von medico berichtete aus Syrien. Vor wenigen Tagen habe ihn die Nachricht aus Daraa erreicht, dass die von medico finanzierten Sonnenkollektoren und die Blutbank angekommen seien. Am nächsten Tag seien die Kollektoren bereits durch Bomben zerstört worden. „Paris ist hier Alltag“, folgerte er, „solche Ereignisse sind nicht mal mehr eine Agenturmeldung Wert.“ Auf die Frage, ob eine militärische Intervention in Syrien sinnvoll sei, antwortete er, dass die Lösung des Konflikts mit humanitärer Hilfe jedenfalls nicht erreicht werden könne. Es sei jedoch schon ein Anfang, wenn Waffenlieferungen nach Syrien gestoppt würden. Karl Kopp von Pro Asyl sprach in einem anderen Forum über die Situation für Flüchtlinge in Griechen-

land und die griechische Politik. Und Stephan Dünwald vom Bayerischen Flüchtlingsrat über Nachhaltigkeit der Migrationspolitik am Beispiel von Abschiebung und Abwehr in Transitländern.

Das Abschlussplenum des Tages, in dem sich studentische Flüchtlingsinitiativen der Universität Göttingen vorstellten und die Abendveranstaltung mit dem Landrat des Landkreises Celle Klaus Wiswe hätten divergenter kaum sein können. Während die studentischen Initiativen zeigten, was alles möglich ist auch ohne große finanzielle Ressourcen, war das einzige Argument des CDU-Politikers der Ressourcenvorbehalt. Er kam jedoch nicht zu dem logischen Schluss, dass den Ländern und Kommunen dann eben mehr Geld für die angemessene Unterbringung und gelungene Inklusion von Flüchtlingen bereitgestellt werden muss, sondern forderte stattdessen eine Obergrenze: „Wenn noch mehr Flüchtlinge kommen, schaffen wir das nicht in angemessene Weise.“

Nach einem Tag, an dem von Seiten der Wissenschaft wenig Position bezogen wurde, war der Sonntag wieder von einer anderen Tonlage bestimmt. Michael Brzoska vom Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg betonte, **eine Rückkehr zur bisherigen Migrationspolitik sei undenkbar . Schließlich habe die Krise mit der Abschottung begonnen, die eigene Sicherheitsinteressen auf Kosten der Sicherheit anderer Menschen in den Vordergrund gestellt habe**. Wie eine neue Politik aussehen könne, sei aber noch vollkommen offen. Sicher sei: Alle Menschen haben ein Recht auf ein sicheres und würdiges Leben. Die Politik könne Einiges von der Friedensforschung lernen, beispielsweise über die Folgen von Interventionen. Eine militärische Intervention gegen den so genannten Islamischen Staat (IS) halte er für falsch, da unklar sei, was dann mit all den Leuten passiere, die jetzt für den IS kämpfen. Der IS sei Ausdruck bestimmter Interessen und Vorstellungen davon, wie die Welt aussehen solle. Und diese Interessen und Vorstellungen könne man nicht einfach aus der Welt bomben. Das Verhältnis von Politik und Wissenschaft veranschaulichte er mit einer Metapher: „Wissenschaft ist nicht wertfrei. Kritisch sein reicht aber nicht. Denn die Politik hat ein Verhältnis zur Wissenschaft wie ein Betrunkener zur Laterne. Sie sucht Halt, aber keine Erleuchtung.“ Daher müsse die Wissenschaft bereit sein, Handlungsvorschläge zu machen, die für die Politik akzeptabel seien. „Sonst machen es andere.“

Im letzten Vortrag der Konferenz nahm Ernst Ulrich von Weizsäcker, der Ko-Präsident des Club of Rome, Vieles von dem auf, was in den vergangenen Tagen angesprochen worden war. Anstatt auf fragwürdige Exzellenz, Drittmittel und die schiere Anzahl von Publikationen in disziplinengebundenen Fachzeitschriften zu schielen, forderte er eine Wissenschaft, die Relevanz hat. Am Eröffnungsabend seien dafür bereits wesentliche Betätigungsfelder aufgezeigt worden. Wichtig sei zum Beispiel die schonungslose Aufklärung der Kolonialgeschichte inklusive der Kreuzzüge unter Einbeziehung von Historikern aus sogenannten Herkunftsländern. Oder die Erforschung der Geschichte des Osmanischen Reiches und warum es unterlassen worden sei, einen Kurdenstaat zu gründen. Außerdem bedürfe es einer kritischen Analyse und Beschreibung der Wirkungsweise internationaler Finanzmärkte – seit 1990. Das ist für ihn das Jahr, in dem der Kapitalismus begann, „frech“ zu werden. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs habe der Westen dem Osten nicht mehr beweisen müsse, dass er im Gegensatz zu den kommunistischen Ländern des Ostens tatsächlich Umverteilung über Steuern betreibe statt nur davon zu reden. Seit das Gegenüber fehle, sei der Kapitalismus vollkommen entfesselt. Solange Arbeit höher besteuert sei als Ressourcenverbrauch, müssten wir uns nicht wundern, dass der Earth Overshoot Day jedes Jahr weiter vorrücke. (Der Erdüberlastungstag ist der Tag im Jahr, an dem der menschliche Verbrauch von natürlichen Ressourcen die jährliche Kapazität der Erde zur Reproduktion dieser Ressourcen übersteigt.) Weizsäcker folgerte: „**Wir brauchen eine Aufklärung 2.0! Von der alten Aufklärung sind nur noch Egoismus und Rationalismus übrig.**“

In der abschließenden Podiumsdiskussion wurde der mehrfach seit Samstag laut gewordene Vorwurf wieder aufgegriffen, dass die postkoloniale Perspektive vom Eröffnungsabend im Lauf der Tagung immer mehr abgeklungen sei. Sabine Hess, Mitorganisatorin der Tagung von der Universität Göttingen, sah dies unter anderem darin begründet, dass viele migrantische und kritische Akademikerinnen und Akademiker auf dem Weg zur Professur auf der Strecke blieben bzw. sich anders orientierten und daher nur begrenzt für wissenschaftliche Tagungen zur Verfügung stünden. Der Erwartung, Antworten von der Wissenschaft auf den Umgang mit Flucht und Migration zu erhalten, setzte Hess die Heterogenität der Wissenschaft entgegen: **„Migrationsforschung war lange Zeit eher Teil des Problems als Teil der Lösung.“** Bereits vor einigen Jahren habe sie mit einer Gruppe von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern Forschung an den Rändern Europas betrieben und gefordert, dass Politik und Wissenschaft Fluchtbewegungen jenseits ihrer Landesgrenzen zur Kenntnis nähmen, statt sich nur auf die Integration von bereits Anwesenden zu konzentrieren. Das Thema der Tagung sei also keinesfalls erst vor einem Jahr in weiser Voraussicht formuliert worden, sondern habe sich seit langem abgezeichnet. Wesentlicher Unterschied zu vorher: „Aus dem unerklärten Krieg gegen Flüchtlinge ist mit der militärischen Schleuserbekämpfung ein erklärter Krieg geworden.“

Mit auf dem Abschlusspodium saß Manik Chander von Conquer Babel, einer der studentischen Flüchtlingsinitiativen an der Universität Göttingen, die Deutschunterricht und Dolmetschertätigkeiten für Flüchtlinge anbietet, aber auch Unterstützung bei Behördengängen und Arztbesuchen. Sie fand ebenso klare Worte in Richtung Politik und Wissenschaft wie Sabine Hess. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zögen sich viel zu häufig auf die Position zurück, dass sie erst mehr forschen müssten, bevor sie sich zu aktuellen politischen Fragen äußerten. Sie forderte **stattdessen eine radikale Wissenschaft, die der Politik nicht das Wort überlasse**. Die Abschlussveranstaltung am Sonntag veröhnte so wieder mit der zwischenzeitlich verloren geglaubten postkolonialen und vor allem kritischen und expliziten Haltung der Wissenschaft gegenüber politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern und machte Hoffnung auf eine Repolitisierung.

Ramona Lenz